
Herder Korrespondenz

Heft 5
30. Jahrgang
Mai 1976

Das Christentum kann sich somit nicht von der Spannung befreien, die aus der Natur seiner Aufgabe selbst erwächst; nämlich daraus, daß es in der sichtbaren Welt und mit Hilfe ihrer Werkzeuge außerweltliche Werte vermitteln soll.

Leszek Kolakowski

Politisch unartikuliert?

In letzter Zeit ist nicht selten der Vorwurf zu hören, die Kirche sei politisch zu inaktiv; sie verhalte sich in den entscheidenden Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und des politischen Allgemeinwohls gleichsam abstinente; die Christen verstünden es nicht, sich Gehör zu verschaffen, man sehe und höre wenig von ihrem Beitrag zur Auseinandersetzung um die gegenwärtige und künftige Gestaltung der staatlichen Ordnung und den diesen zugrundeliegenden Wertentscheidungen, mit einem Wort: das Christliche vermöge sich politisch nicht mehr darzustellen.

Ein Vorwurf, der manche überrascht

Dieser Vorwurf dürfte manche überraschen, nicht wenigen wird er gar lächerlich erscheinen. Denn: steht die Kirche nicht nach wie vor im Verdacht, in Fragen der Politik, jedenfalls, wenn weltanschauliche Probleme und kirchliche Interessen debattiert werden, eher vorlaut zu sein? Erregt sich die Öffentlichkeit nicht immer noch über Hirtenbriefe, die zwar keine Wahlempfehlungen mehr für eine bestimmte Partei geben, aber durch Kritik an politischen Grund- und Tagesentscheidungen deutlich erkennen lassen, mit welcher Seite es der Christ, wenn ihm sein Christsein als gesellschaftliche Verantwortung etwas bedeutet, eigentlich zu halten habe: mit den Parteien und Abgeordneten, die christliche Werte in der Gesetzgebung vertreten oder wenigstens für solche Werte ansprechbar sind. Noch bei der Auseinandersetzung um das Abtreibungsstrafrecht zögerten deutsche Bischöfe nicht, dem Gesetzgeber zu erläutern, welche Gesetzgebung allein christlichen Grundvorstellungen entspricht, und – durchaus tagespolitisch – dem Wähler zu sagen, welche Partei bzw. welcher Kandidat für den Christen allein wählbar sei. Hin und wieder soll es auch noch Politiker christlicher Herkunft geben, die genau sagen zu können glauben, daß z. B. Sozialisten

wegen ihres Menschen- und Gesellschaftsbildes für einen Christen, wenn er konsequent bleibe und sein Verständnis von Evangelium politisch nicht verrenke, „eigentlich“ nicht gewählt werden dürfen. Und wenn der Einfluß der Kirche auf das tatsächliche politische Geschehen ebenso stark zurückgegangen ist wie ihr Einfluß auf die Meinungsbildung in der Gesellschaft, so kann man doch noch die landläufige Meinung antreffen, der Einfluß der Kirche beispielsweise auf und über christlich-demokratische Parteien sei immer noch zu stark. Selbst ein so kluger publizistischer Zeitgenosse wie Johannes Groß verfocht erst jüngst in der „FAZ“ die These, der „politische Katholizismus“ sei immer noch zu sehr der tragende Kern, die bestimmende Schicht in den bundesdeutschen Unionsparteien, als daß sich unkirchliche Wähler und liberale Protestanten in den Unionsparteien wirklich vertreten und wohl fühlen könnten. Solche Thesen werden zwar ein fürs anderemal durch Wahlen Lügen gestraft, denn der Stimmenzuwachs für die Unionsparteien kommt immer massiver gerade aus diesen Wählerreservoirs – letztes Beispiel dafür Baden-Württemberg –, und die Unionsparteien erwecken – von den Sozialausschüssen einmal abgesehen – zuallerletzt den Eindruck, eine Potenzierung kirchenfrommer Kolpingsvereine zu sein. Trotz einer gewissen Wiederkehr der Diskussion über das „C“ heißen die Slogans nicht „christlich“, sondern „liberal“ und „sozial“. Sozialdemokraten geht das Wort Sozialismus trotz aller Anrühigkeit beim deutschen Wähler offenbar immer noch leichter über die Lippen als das Wort christlich den Unionsparteien. Dennoch vergißt z. B. die FDP-Führung als die Partei der „geborenen“ und „garantiert“ Liberalen nicht, immer wieder einmal genüsslich darauf hinzuweisen, daß ihr weder der DGB noch die katholische Kirche als Stütze und Verstärker zur Verfügung stehen, was dem Wähler suggerieren soll, diese Kirche sei wenigstens in weltanschaulichen Fragen ein zumindest ebenso potenter Interessenpartner wie der DGB als Vertreter der organi-

sierten Arbeiterschaft. Offenbar gibt es also noch die Meinung von einer politisch belangreichen, wenn nicht geradezu mächtigen christlichen Kirche, wobei man diese „Macht“ wegen ihrer Tradition und ihrer strafferen Organisationsformen bei der katholischen Kirche immer noch um einiges selbstverständlicher voraussetzt als beim Protestantismus, soweit er sich kirchlich artikuliert.

Andersherum, auf der Kehrseite des politischen Spektrums leben auch nicht gerade politische Eunuchen. Ich meine: wenn man der *amtlichen kirchlichen Führung* politische Macht oder – realistischer – wenigstens den Willen zum politischen Einfluß attestiert, so wäre auf der anderen Seite der Eindruck verkehrt, *die Christen* als Gruppen und Einzelkämpfer seien politisch nicht im Geschäft. Haben wir eine Blüte „politischer Theologie“ in Theorie und Praxis nicht eben erst hinter uns? Ist christliche Erlösung nicht vermischt mit marxistischen Politanalysen in vielen Ländern der Welt – voran in Lateinamerika, aber nicht nur dort – zum Konstruktionsmodell *politischer* Befreiung geworden? Und haben nicht neben den ursprünglich stärker geistlich profilierten Basis- und Aktionsgruppen auch klassische kirchliche Verbände – die Entwicklung der Französischen Katholischen Aktion (vgl. ds Heft, S. 231 ff.) hat geradezu Modellcharakter dafür – sich entschieden der Politik als Aufgabe zugewandt? Mancher dieser erst jungen Verbände – wie international die Christliche Arbeiterjugend (JOC) – ist heute ebensowohl politische Bekenntnisgemeinschaft wie Weltanschauungsverband, wobei sie in eine bis an die Existenzfähigkeit reichende Spannung zwischen beiden geraten.

In weiten Bereichen der Kirche hat ein spürbarer Prozeß der Politisierung stattgefunden. Man formuliert seine Anliegen an die gesellschaftliche Öffentlichkeit bewußter politisch mit dem Bemühen, ihnen in der allgemeinen politischen Diskussion in Staat und Gesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Schon das pointierte Insistieren darauf, daß die „*promotio humana*“, die Förderung des gesellschaftlichen und menschlichen Wohlergehens im öffentlichen und privaten Sinne, integrierender Bestandteil der christlichen Heilsverkündigung ist, hat da und dort zu einer fast durchgängigen Verlagerung kirchlichen Redens und Handelns auf das Feld des Politischen geführt – mehr als einmal in den Entwicklungs- und in den westlichen Industrieländern durchaus auch im Sinne der direkten politischen Aktion. Und hat sich nicht sogar eine so amtliche und hohe internationale christliche Institution wie der Weltkirchenrat mehr als einmal den Vorwurf gefallen lassen müssen, er kämpfe mehr für politische Befreiung als für christliches Heil oder sehe dieses ganz einseitig und überwiegend in politischen Aktionen am Werk. Schließlich: wer sich an die sehr viel provinzielleren deutschen Verhältnisse halten will, wird ebenfalls keine Mühe haben, kirchliche Präsenz in politischen Debatten, auch dort, wo es nicht um „christliche“ Parteien geht, nachzuweisen. An der deutschen Ostpolitik der späten sechziger und frühen siebziger Jahre hatte der deutsche Protestantismus durch die Vertriebenen-Denkschrift der EKD einen wesentlichen Anteil. In keinem Bereich wurden mehr christliche

Begriffe in Anspruch genommen. Wie sehr auch heute kirchliche Autoritäten bemüht werden können, um darzulegen, *welche Außenpolitik* christlich oder unchristlich ist, hat in der Bundesrepublik gerade erst die Debatte über die Polenverträge gezeigt. Und was alles an „christlichen“ Wahlkampfangementen aufgefahren würde, hätten die Polenverträge nicht doch noch verabschiedet werden können, dürfte sich jedermann ohne viel Phantasie ausmalen können. Und nicht zuletzt: der Umstand daß nicht nur studentische (kirchliche) Verbände und Arbeitsgemeinschaften, sondern auch dieser oder jener Diözesan- oder Pfarrgemeinderat am liebsten ein möglichst allgemeines politisches Mandat oder wenigstens ein unbegrenztes Kompetenzrecht in politischen Fragen für sich in Anspruch genommen hätte, gehört auch zur politisch-kirchlichen Wirklichkeit der letzten Jahre. Kaum einmal hagelte es in kirchlichen Gremien mehr Resolutionen zu politischen Fragen – von der Ehegesetzgebung über Rüstungsfragen bis zu Cabora Bassa – als in diesen letzten Jahren.

Etwas scheint nicht zu stimmen

Aber etwas scheint nicht zu stimmen an dieser politischen Selbstberauschung. Zu groß ist die Kluft zwischen der Quantität der Resolutionen und der Qualität ihrer Wirkung. Einmal – in rechtspolitischen Fragen ist dies wieder und wieder geschehen – scheinen Hirten der Kirche nicht den richtigen Ton oder nicht die einschlägigen politischen Argumente zu finden, indem sie, immer noch etwas unbelesen, Forderungen, die in der Moralverkündigung unbedingt richtig sind, politisch „unübersetzt“ als Anspruch an den Gesetzgeber anmelden. Ein andermal meinen politische Eiferer, die es natürlich auch in der Kirche und unter Christen nicht nur heute, sondern immer, und nicht nur in einer Richtung, sondern unter allen extremen Tendenzen gibt, der christlichen Sache politisch am besten dadurch zu dienen, daß sie besonders laut mit den jeweils aktivsten politischen Wölfen – heute mit den „sozialistischen“, „marxistischen“, was immer man im einzelnen darunter versteht – heulen. Allen Beteuerungen und Bekenntnissen zum Trotz, daß die Kirche für das *Werkzeugliche der Politik* keinen Auftrag hat, daß man sehr wohl zwischen moralisch-weltanschaulichen Grundsätzen und ihrer Umsetzung in praktische Politik zu unterscheiden habe und daß die Kirche, wie sie sich an keine Kultur, so auch an keine politische Ideologie, an kein politisches System binden dürfe, geraten solche ehrenwerten Grundsätze in der Hitze der tages- und parteipolitischen Auseinandersetzung, wenn schon nicht in Vergessenheit, so doch bis zur Nichtbeachtung in den Hintergrund. Manche wohlgemeinte politische Intervention der Kirche erscheint dann rasch als vordergründige tagespolitische Parteinahme, und der politische Eifer christlicher Gruppen ist vielfach von dem politisch-ideologischer Bekenner nicht mehr zu unterscheiden. Die Fülle an politischen Stellungnahmen von amtlichen kirchlichen Gremien und Stellen und das politische Tagesgeschäft christlicher Initiativgrup-

pen scheinen an der Tatsache nichts zu ändern, daß das Christliche in der Politik sich nur schwach, nicht vernehmbar, nicht richtig verstehbar zu artikulieren vermag. Daß sich dieser Eindruck verstärkt, zeigt sich an einer ganzen Reihe von *Reaktionen*. Die Diskussion über die notwendige Eigenständigkeit christlich firmierender Parteien bei der Formulierung des Christlichen als politisches Programm in der Bundesrepublik und die wiederaufkommende Diskussion über Wert und Unwert eines „politischen Katholizismus“ in Österreich gehören ebenso zu diesen Reaktionen wie das wachsende Unbehagen an der ideellen Ortlosigkeit oder Einseitigkeit politisch engagierter christlicher Gruppen in den romanischen Ländern und die seit etwa zwei bis drei Jahren im Gang befindlichen Bemühungen um eine Wiederbelebung der katholischen Soziallehre. Die Forderung, die Kirche möge *als Kirche* in Grundfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens wieder deutlicher sprechen, die auch im Interview dieses Heftes (vgl. S. 239 ff.) auftaucht, rundet das Bild ab. Man kann darüber nicht hinwegsehen, auch wenn es sich durchwegs als eine Artikulation von Gegensätzlichem darstellt – und die Verhältnisse schon allein im deutschen Sprachraum nicht gleich sind.

Wenn der ÖVP-Vorsitzende *Taus* der Meinung ist, die Kirche müsse wenigstens in politischen und sozialen Grundsatzfragen häufiger und eindringlicher sprechen, dann ist dieser Wunsch zu sehen auf dem Hintergrund eines andersgearteten Verhältnisses der Kirche in Österreich zu den Parteien und entsprechend zur Tagespolitik, als wir es in der Bundesrepublik gewohnt sind. Die österreichischen Bischöfe haben in der Zweiten Republik nach den bösen Erfahrungen in der Zwischenkriegs- und in der Nazizeit seit je mehr Distanz zu den Parteien und zur Parteipolitik gehalten als der politisch formationsfreudigere deutsche Katholizismus (einschließlich der Bischöfe). Entsprechend haben sich die österreichischen Bischöfe auch in politischen Fragen insgesamt stärker zurückgehalten. Mit solcher amtskirchlicher Zurückhaltung war freilich die Hoffnung verbunden, daß die Christen ihren politischen Willen deutlicher in eigener Verantwortung artikulieren möchten. Dies aber hat sich offensichtlich als eine Überforderung der aktuellen Christenheit erwiesen. Die Folge war weniger mehr eigenständige Verantwortung der Katholiken in politischen Fragen, sondern eine spürbare und größer werdende Distanz der Katholiken zum politischen Leben überhaupt. Inzwischen hat aber das Volksbegehren zur Reform des Abtreibungsstrafrechts gezeigt, daß es eine beträchtliche christliche Minderheit in Österreich gibt, die im Konfliktfall um politische Grundwerte durchaus zu einem festen politischen Engagement bereit ist. Das Fazit: man könne sich politische Dauerabstinenz nicht leisten, und wenn man nur wolle, stelle man durchaus noch eine politisch zu beachtende Kraft dar.

Wenn andererseits Prof. Biedenkopf während des letzten Jahres in mehreren Interviews die Eigenständigkeit der Unionsparteien bei der Formulierung eines politischen Programms aus christlicher Verantwortung gegenüber den

Kirchen beansprucht hat, dann trifft er sich mit *Taus* zwar in diesem Wunsche, aber in der Hauptsache, die hier zu verhandeln ist, zielt Biedenkopf eher in die Gegenrichtung: der Kirche wird bedeutet, sie möge sich bei der Formulierung politischer Postulate zurückhalten, also wohl nicht mehr, sondern eher weniger sprechen. Dieser Gegensatz ergibt sich freilich wieder aus der Unterschiedlichkeit der Verhältnisse: In Österreich entschlossen sich die Bischöfe erst nach einigem Zögern, das Volksbegehren gegen die Fristenregelung offen zu unterstützen. In der Bundesrepublik hatten die Unionsparteien während der langen Debatte über den § 218 einige Mühe, mit kirchlichen Vorstellungen bzw. mit kirchlichem Druck auf die eigenen Reihen zurechtzukommen. Mit der Forderung nach Eigenständigkeit bei der politischen Umsetzung christlicher Grundwerte ist das „Eingeständnis“ verbunden, daß die Kirche diese Grundwerte in den letzten Jahren nicht mehr politisch „anzubieten“ vermochte, und zwar weil die Kirche auf der einen Seite zu maximalistisch – direkte Übertragung moralischer Prinzipien in die Gesetzgebung ohne Rücksicht auf den faktischen Überzeugungspluralismus im Lande –, auf der anderen Seite zu pluralistisch formuliert hat: aus dem vielstimmigen Chor von politisch Redenden war zu wenig politisch verwertbare Erkenntnis zu gewinnen. Womit durch eine Variante mehr die These bestätigt wird, von der hier ausgegangen wird: die Kirche hat politisch vielfach zu eng, die Christen haben vielfach zu gegensätzlich gesprochen, als daß sich christliche Überzeugungen heute angemessen *politisch* artikulieren ließen.

Was wäre vorrangig zu tun?

Nun wird man trotz solcher offensichtlicher Mangelercheinungen im politischen Artikulationsvermögen der Kirche und der Christen bei Forderungen nach einer deutlicheren kirchlichen Sprache wenigstens in politisch-weltanschaulichen Grundsatzfragen eher vorsichtig sein müssen. Zu groß ist besonders in der Kirche der Bundesrepublik die Versuchung, jetzt aus dem Status einer Überzeugungsminderheit heraus zu einer Art politischem Katholizismus zurückzukehren, in dem von der Theorie (katholische Soziallehre) bis zur politischen Praxis (Verbände, wenn nicht gar Parteien) Geschlossenheit der alleinige Trumpf ist und sowohl die Berücksichtigung der Eigenständigkeit der Sachwerte wie auch die Einsicht in das jeweils politisch Verantwortbare und Realisierbare zu kurz kommt. Das Absinken in politisches Außenseitertum, gegebenenfalls ein selbstgewählter Zwang zu kulturkämpferischen Stimmungen wäre die Folge.

Wieweit in sich nicht nur legitime, sondern notwendige kirchliche Postulate eine schwierige nationale Situation zusätzlich belasten können, erlebten wir gerade jetzt in Italien: voriges Jahr beim Referendum zum Ehescheidungsgesetz, jetzt bei dem Hin und Her um die Änderung des Abtreibungsparagrafen. Zugleich wird hier ein Punkt sichtbar, an dem man mit dem Ziel eines deutlichen

christlichen Sprechens in politische Fragen, und das kann letztlich wohl nur heißen sachgerechteren Sprechens, ansetzen könnte. Die Kirche konzentriert sich aus Tradition in ihrem politischen Sprechen auf moralische Grundfragen, die für die Gesetzgebung bedeutsam sind, und sie hat es seit „Rerum novarum“ verstanden, die „soziale Frage“ vom klassischen Antagonismus von Kapital und Arbeit bis zum heutigen „Klassengegensatz“ zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sich zu eigen zu machen. Damit verbunden war aber eine einseitige Beschränkung auf das Soziale und Moralische im eigentlichen Sinne. Zu kurz gekommen ist, was gerade heute immer mehr zu dem politischen Grundproblem wird: *das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in seiner Dialektik von Verfassungsordnung, Gruppenpluralismus und individueller Freiheit*. Aus diesem Verhältnis heraus müßte heute der Staat und das durch ihn und die internationale Ordnung zu hütende Gemeinwohl neu definiert werden. Hier könnte mit einer Art christlicher Anthropologie des Politischen angesetzt werden: denn keine politische Moral vermag die wesenhafte und existentielle Einheit von Freiheit und Bindung, auf der ein solches Verhältnis aufbauen muß, vergleichbar schlüssig darzustellen wie das Christentum. Mit einer Konzentration auf diese Frage würde die Kirche mehr an politischem Vertrauen wiedergewinnen als mit einer einfachen Rückbesinnung auf einige Kernstücke der katholischen Soziallehre, ob das nun das Eigentum oder sonst etwas ist.

Vorweg zu klären wären auf diesem Wege allerdings auch noch zwei heute innerkirchlich besonders akut gewordene Fragen: Der vom Konzil bekräftigte und seitdem unablässig wiederholte Satz: die Christen können aus demselben Glauben heraus durchaus verschiedenen, ja gegensätzlichen politischen Richtungen angehören, ist als solcher unbestreitbar. Aber die Christen werden sich mehr Gedanken darüber machen müssen, wie ihr Glaube, nach dem sich ihr Verständnis gesellschaftlicher und politischer Grundwerte bestimmt, sich in den gegensätzlichen politischen „Bekennnissen“ durchhält und darstellt. Diese Frage ist nicht nur nicht gelöst – sie ist vielleicht auch gar nicht lösbar –; sie wird meist unterschlagen, jedenfalls kaum gestellt.

Und – das wäre das Zweite – das in dieser Frage angesprochene Problem der Kohärenz von Glaube und politischem Handeln wird besonders dann akut, wenn es sich um politische Systeme mit Weltanschauungscharakter oder wenigstens mit einer geschlossenen Gesellschafts- und Weltdeutung handelt. Die Frage lautet konkret: In welcher Weise kann der Christ Glaubender und zugleich politischer Marxist sein? Dasselbe gilt für jedes vergleichbare politische System, ob rechts oder links. Mit der Unterscheidung von „Mater et magistra“ zwischen dem weltanschaulichen Fundament solcher Systeme und ihrer konkreten Entwicklung in der politischen Geschichte ist die Frage nicht beantwortet. Es geht auch nicht nur um das möglicherweise militant atheistische Fundament, sondern ebenso um das meist totalitäre Verständnis von Staat und Gesellschaft. Die Entscheidung der französischen Bischöfe (vgl. ds. Heft S. 232), ein katholischer Verband habe das Recht, sich verbindlich für eine politische Richtung (für „den Sozialismus“ einschließlich Klassenkampfprinzip) auszusprechen, er müsse sich lediglich mit anderen politischen Optionen „konfrontieren“ lassen, bringt auch keine Antwort: weder auf die Frage nach dem Atheismus im marxistischen Sozialismus noch auf die Frage nach der Verträglichkeit marxistischen Gesellschafts- und Staatsverständnisses mit dem Christentum. Die „logischen“ Hilfskonstruktionen, deren man sich zur Entwirrung des Problems bedient, machen so noch einmal deutlicher, wie dringend eine im Christlichen wurzelnde politische Anthropologie mit der Dialektik von Staat, Gesellschaft und individueller Freiheit als Kernthema geworden ist. Wie gut sich eine Kirche politisch zu artikulieren vermag, hängt u. a. davon ab, wie sie sich mit den für die Gesamtgesellschaft dringendsten Problemen befaßt und ob sie sich im öffentlichen Streit damit auseinandersetzen weiß. Wer in den letzten Jahren die Diskussionen über „Herrschaft“, „Demokratisierung“ und „Emanzipation“ verfolgt und gelegentlich sich ein paar Gedanken über die Regierbarkeit von modernen Anspruchsdemokratien gemacht hat – auch in Italien liegt es gegenwärtig mehr an den politischen als an den gewiß nicht überall ausgeglichenen sozialen Verhältnissen –, weiß, was ansteht.

David Seeber

Vorgänge

Der Kompromiß über die Scheidungsreform

Durch die Zustimmung des Bundesrates am Freitag, den 9. April, wurde das lange umstrittene erste Gesetz zur Re-

form des Ehe- und Familienrechts verabschiedet. Der Verabschiedung lag eine vom Vermittlungsausschuß erar-

beitete Fassung des neuen Scheidungsrechts zugrunde, der am Tage vor der Abstimmung im Bundesrat das Bonner Parlament mit breiter Mehrheit zugestimmt hatte. Die Vertreter Bayerns und des Saarlandes blieben im Bundesrat auch dem von Regierungskoalition